

Bürger.Macht.Staat: Einleitung

„Ein jeder Mensch will gleichzeitig teilnehmen und gleichzeitig in Ruhe gelassen sein. Und da das eigentlich nicht möglich ist, beides, ist man immer in einem Konflikt. Man macht hier die Tür zu, um wieder allein zu sein, in dem Moment, wo man die Tür zumacht, ist einem gleichzeitig auch bewußt, daß es falsch ist, daß es wieder eine falsche Handlung ist, weil man es im Grund nicht will.“

Thomas Bernhard

Aus dem Buch von Kurt Hofmann

„Aus Gesprächen mit Thomas Bernhard“, dtv, 1991

Der vorliegende Herausgeberband ist eine weitere Ausgabe der „zu|schriften – zwischen Wirtschaft, Kultur und Politik“, der Reihe der Zeppelin Universität, die einmal mehr die Zwischenräume der Gesellschaften jenseits der Disziplinen auszuleuchten versucht.

Bei den hier analysierten Belichtungen und Blitzlichtern geht es um die neue normative Verfasstheit von staatlichem Handeln, zivil- und bürgergesellschaftlichem Engagement, sozialen Bewegungen und Unternehmertum sowie auch der neuen Achtsamkeit auf und von Unternehmen – sowie deren Zwischenspiel. Ob arabische Frühlinge, Stuttgarter Herbst oder pirateske Sommer – diese Phänomene scheinen mit der Verlässlichkeit des Vorübergehenden auch wieder in die Winterpause zu gehen. Oder hat sich etwas systematischer geändert in dem Zusammenhang von Teilhabe und Teilnahme oder umgekehrt – durch eine nachhaltige Moralisierung der Märkte, die Re-Kommunalisierung von sich privatisierenden und globalisierenden Aufgaben, die Digitalisierung von Willensbildungsprozessen – fairerweise meist protestierender Art – und die Professionalisierung und Ausdifferenzierung der organisierten Akteure der Zivilgesellschaft?

Regierungen, Unternehmensleitungen, Kommunen, Diktatoren und sogar Universitäten werden nervös und denken an mehr Staats- und Demokratieforschung und deren Folgen.

Politikökonomische und kommunikationswissenschaftliche Vermessungen

Stephan A. Jansen zeigt aus der Ausgangsmotivation des 2010 begründeten „Civil Society Center | CiSoC“ das *neue Gesellschaftsspiel des Guten*. Im Kern steht

dabei die Theorie Öffentlicher Güter, die auch über die Rhetoriken des Staats- und Marktversagens die Legitimitätsanforderungen für das eigene institutionelle Design ableiten. Es wird gezeigt, dass es aufgrund der Legitimitätsproblematik genau dieser Legitimitätsargumentation zu einem neuen Wettbewerb neuer Spieler für neue Spiele und der Spielregeln kommt. Es geht um die Arbeitsteilung der Gesellschaft und damit um ein produktives Selbstgespräch um Identifikation und Entwicklung, Produktion, Finanzierung, Vertrieb und Gewährleistung. Damit das Gespräch im Gang bleibt, endet der Beitrag mit einigen kontroversen Thesen zu diesem neuen Gesellschaftsspiel.

Marian Adolf und Nico Stehr vertreten in ihrem Beitrag folgende These: „Bürger machen Staat und *Kommunikation macht Öffentlichkeit*“. Dazwischen findet auch eine Verlagerung gesellschaftlicher Macht statt. In der üblichen Rhetorik wird der Verfall der Öffentlichkeit, der Zivilgesellschaft und der Demokratie dem Bürger als zunehmend unmündigen Souverän und dem Konsumenten als unreflektierten Käufer zugeschrieben. Im Zuge der Globalisierung erodiert die nationale Souveränität. Der Bürger zieht sich in die Individualität und Familie zurück. Allerdings scheinen die zeitgenössischen Formen von Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichem Engagement zunächst unter – also unsichtbar – dem herkömmlichen Beobachtungsradar zu fliegen, der sich auf die herkömmlichen Formen politischer Organisation in Verbände und Parteien fokussiert. Daher stehen wir aktuell vor der Herausforderung – als Antwort auf die wachsende gesellschaftliche Pluralisierung, Diversität, Differenzierung und Globalisierung – eine adäquate und reiche Konzeption der Öffentlichkeit zu entwickeln.

Neue soziale Bewegungen und Organisationen

Maren Lehmann hat ihren Beitrag der *bürgerlichen Wut im Öffentlichen Raum* gewidmet. Dabei wird die schillersche Analyse der schillernden Formen zwischen Trotz, Wut und Raserei ausgeführt. Bei den weiteren Analysen um die Positionen von Gleichheit und Ungleichheit und darum, dass einem Bürger genau diese Unterscheidung nicht gleichgültig sein kann, wird einerseits mit dem Verweis auf Goethe die Idee der Politischen Kommunikation bearbeitet und andererseits mit Kant die Differenzierung von Öffentlichen und Privaten hervorgehoben. So kommt die Autorin zu drei Überlegungen: (1) Bürgerliche Wut ist immer gebremste, zurückgenommene Wut, die moderat bleibt, weil sie im Schatten einer komplexen politischen Welt lebt. (2) Bürgerliche Wut ist mit dieser Komplexität immer eingebettet in ein unruhiges kommunikatives Substrat, das ideologischen Zuspitzungen und konzertierten Aktionen keinen Widerstand leistet.

(3) Es gibt daher eine spezifische Anfälligkeit der bürgerlichen Wut für Moralisierung, für eine rabiat komplexitätsreduzierende Bevorzugung normativer Erwartungen bei gleichzeitiger Selbstnobilisierung durch Toleranz und Weltgewandtheit und eine spezifische Koketterie mit der eigenen Unabhängigkeit und Unbestechlichkeit. Damit könnte es nicht um einen Affekt gehen, sondern sich um eine „Konstellationsform“ allerdings nicht psychischer, sondern sozialer Selbstreferenz handeln: um eine Konstellationsform von Konflikten.

André Reichel analysiert den oft belächelten wie bewunderten Dritten Sektor. Bewunderung erfährt er z.B. als Problemlöser von Klimawandel, Nachhaltigkeit oder Energieversorgung; als Protestant wird er dann oft fallen gelassen. Doch was ist eigentlich die *Zivilgesellschaft* und gibt es an ihr etwas inhärent Besonderes? In diesem Beitrag wird versucht, ein kohärentes Konzept der Zivilgesellschaft zu entwickeln, das auf Niklas Luhmanns soziologischer Systemtheorie fußt. Sie wird als klar ausdifferenzierter Teil der Gesellschaft im Medium der Werte konzeptualisiert, die einen eindeutigen Platz einnimmt, der von keinem anderen Teil der Gesellschaft eingenommen werden kann. Sie bearbeitet Probleme, die von anderen Funktionssystemen nicht zufriedenstellend gelöst werden können, da sie sich z.B. aus ökonomischer Sicht nicht rentieren oder aus politischer Sicht der Machtzuwachs bei gleichzeitigem Machtverlustisiko zu unsicher wäre.

Neue Partizipations- und Integrationsformen von Bürger und Staat

Christian Geiger stellt in seinem Beitrag die Frage nach der Zukunft der Macht in Zeiten der wachsenden Verbreitung des sogenannten *Open Government-Konzeptes*, das interaktive Bürgerbeteiligung über Web-2.0-Mechanismen ermöglicht. Dieser Verwaltungsansatz fördert die Bürgerpartizipation und fordert die bisherige staatliche Organisation in einem geschlossenes Bürokratiemodell und den bisherigen Policy-Cycle heraus und führt zu einer Veränderung des (Macht-)Verhältnisses von Bürger und Staat. Dadurch wird es möglich, das Vertrauen des Bürgers in den Staat und die Verwaltung zu stärken, die Bürgerbeteiligung zu erhöhen und somit die Bürgergesellschaft als Ganzes weiterzuentwickeln.

Christian Brock wendet die geübte Praxis des *Beschwerdemanagements* im privaten Sektor auf den öffentlichen Sektor an. Beschwerdemanagement ist ein wichtiger Ansatz, um die Zufriedenheit der Kunden und damit deren Loyalität und Bindung aufrecht zu erhalten. Der Staat ist nicht selten Monopolist mit

Zwangskommunikation. Dennoch: Im öffentlichen Sektor wird dieser Trend im sogenannten Anliegenmanagement aufgenommen, der versucht, die Beschwerdebarrrieren, die aus dem Beschwerdemanagement bekannt sind, zu identifizieren und entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten. Das Interesse an der Partizipation des Bürgers, speziell auf kommunaler Ebene, rückt hier deutlich in den Vordergrund. Städte und Kreise erkennen zunehmend die Bedeutung des artikulierten Bürgeranliegens und die Möglichkeiten, die es bietet.

André Berberich und Jörg Röber sehen in der Öffnung der internationalen Räume seit einigen Jahrzehnten eine Entwicklung zu einer radikalen Transformation des Typus des westlich geprägten Nationalstaates. Nationale Grenzen beginnen sich zugunsten eher funktional definierter regionaler Einheiten aufzulösen. An diese Stelle treten *substaatliche Ebenen und grenzüberschreitende Kooperationen* – sogenannte „cross-border cooperations (CBC)“ – und sind heute in Europa unter dem Stichwort „Europa der Regionen“ bekannt. Der Beitrag behandelt den konkreten Fall EUREGIO, einer der ältesten CBC in der EU und stellt die normativen Verurteilungen inter-, supra- und transnationaler Systeme als undemokratisch in Frage. Letztendlich muss auch in Frage gestellt werden, ob das Fehlen entsprechender Input-Legitimation (Bürgerbeteiligung) als bloße Begleitscheinung einer als notwendig erachteten, funktional-outputorientierten Zusammenarbeit (Effektivität) hingenommen werden muss.

Den Abschluss stellt *Joachim Landkammers* These dar, dass den gegenwärtigen Professionalisierungstrends der globalen Protestbewegung mit ihren komplexen Hintergründen mit simplen satirischen Mitteln nicht mehr beizukommen ist. Politische Protestaktionen werden daher unterschätzt, wenn sie nur als mutwillige „Störung“ der öffentlichen Ordnung wahrgenommen werden; in Wahrheit schöpfen sie ein weitgehend übersehenes Potenzial von bürgerlicher „Öffentlichkeit“ aus, indem sie nicht oder nur partikulär in Anspruch genommene Räume ihrer „eigentlichen“ Bestimmung als Austausch-Arena, Begegnungsort, open stage usw. wieder zuführen. Die rational, gründlich und eben „professionell“ durchgeführte „Öffentlichkeitsarbeit im allgemeinen Interesse“ könnte den „gesellschaftlichen Zentralwert“ darstellen, der die heute sich abzeichnende Professionalisierung des Protests rechtfertigt.

Dank

Diesen Band verdanken wir einer engagierten Autorenschaft einer Universität, die sich mit einem Sommerfest mit über 1.800 Gästen genau diesen Fragen stell-

te und einem Team am Lehrstuhl für Strategische Organisation & Finanzierung, der die geschäftsführende Herausgabe hatte. Dabei ist besonders der studentische Lehrstuhlmitarbeiter Tim Ebert zu nennen, dem unser besonderer Dank für die Koordination der Herausgabe gilt. Und er half auch bei diesem nun endenden Vorwort mit – warum da noch Bildungsstreiks gegen Bologna notwendig waren?

Und wir danken allen Bürgern und Lesern, dass Sie die Themen produzieren, zu denen wir forschen dürfen und das sogar lesbar ist.

Friedrichshafen, Juni 2012

Für die Herausgeber
Stephan A. Jansen

Bürger. Macht. Staat?

Neue Formen gesellschaftlicher Teilhabe, Teilnahme
und Arbeitsteilung

Jansen, S.A.; Schröter, E.; Stehr, N. (Hrsg.)

2012, XI, 173 S. 6 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19346-5